

**Gegenstand: Eckpunkte zum Nahverkehrsplan**  
**Vorlage: 0743/2021**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil der Beschlüsse.

Frau Dr. Körnig-Pich informiert über die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung. Herr Dr. Zimmer informiert über die Elektrifizierung des Stadtbusverkehrs und über die Kostenschätzung für die Elektrifizierung. Herr Schmechtig informiert über die Beförderungskapazitäten und die zusätzlichen Betriebskosten. Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet. Die **Präsentationen** sind dem Protokoll beigelegt.

Frau Seiler erklärt, die Neuregelungen zur Verteilung der Fördermittel habe nach Versand der Sitzungsunterlagen stattgefunden. Sie hält fest, dass unter dem Vorbehalt des Inkrafttretens der Förderquote ein Komplettumstieg auf Elektrobusse am sinnvollsten wäre.

Herr Dr. Zimmer empfiehlt im Herbst, direkt nach der Beschlussfassung über den Nahverkehrsplan und das zukünftige Leistungsprogramm, den Beschluss über die Beantragung der Fördermittel zu fassen. Zu lange zu warten sei ein Fehler. Der Fördermittelantrag sollte frühzeitig gestellt werden.

Frau Heller stellt die Midibusse in Frage. Sie bittet zu überlegen, ob es nicht doch hinnehmbar wäre größere Busse in der Maximilianstraße fahren zu lassen, damit z.B. eine Mutter mit Kinderwagen nicht weitere Wartezeit in Kauf nehmen müsse, wenn die Kapazität des Midibusses ausgeschöpft sei.

Herr Gottwald hat hinsichtlich der Busgröße Bedenken wegen des Komforts, der Kinderwagen, der Rollstühle und der Rollatoren.

Herr Adam votiert für die kleinste Shuttle-Variante ab dem Postplatz sowie die sukzessive Umstellung auf Elektrobusse.

Frau Trageser-Glaser regt eine Probefahrt mit einem neuen, zeitgemäßen Midibus an.

Herr Dr. Wilke spricht sich für Eckpunkt 2 Variante B aus, wobei ihm die Verbesserung der Anbindung des Stadtteils Vogelgesang ein wichtiges Anliegen ist.

**Beschlüsse:**

**a) Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion (einstimmig):**

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion empfiehlt dem Stadtrat die Eckpunkte und Varianten 1A und 4A sowie Eckpunkt 5 in der Fassung, dass ein kompletter Umstieg auf Elektrobusse erfolgt, zu beschließen.**

**b) Verkehrsausschuss: (einstimmig, mit einer Ausnahme: Hr. Czerny stimmt bei Eckpunkt 4 für Variante B)**

**Der Verkehrsausschuss empfiehlt dem Stadtrat die Eckpunkte und Varianten 1A und 4A sowie Eckpunkt 5 in der Fassung, dass ein kompletter Umstieg auf Elektrobusse erfolgt, zu beschließen.**

Frau Seiler schlägt vor, die Beschlussfassung im Stadtrat solle nicht in der Sitzung am 15. Juli erfolgen, sondern erst nach der Sommerpause. Die Eckpunkte 2 + 3 sollen in die Septembersitzung verlegt werden. Dagegen werden keine Einwendungen erhoben.

Frau Seiler trägt anschließend noch Informationen für beide Ausschüsse vor:

Das Ministerium hat das BFÜ-Modell komplett abgelehnt. Es erachtet das Modell aus rechtlichen Gründen nicht für zulässig und hat die Streichung möglicher finanzieller Mittel angekündigt, wenn sich die Stadt dem BFÜ-Modell zuwenden sollte. Die Stadt werde versuchen noch vor der Sommerpause einen Termin mit dem Ministerium zu bekommen.

Für die Fahrradzone Vincentiusstraße Holzstraße wurde eine Komplettüberplanung gemacht, jetzt gehe es in die Umsetzung. Das Thema sollte ausführlich im nächsten Verkehrsausschuss behandelt werden.

In den Bereichen Paulstraße, Bismarkstraße und Kämmererstraße werden Fahrradanhänger installiert.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion und der Verkehrsausschuss nehmen die Informationen zur Kenntnis.

**Gegenstand:** Offenlage der ersten Änderung des Einheitlichen Regionalplans Rhein-Neckar, Kapitel 1.4 „Wohnbauflächen“ und Kapitel 1.5 „Gewerbliche Bauflächen“  
hier: Stellungnahme der Stadt Speyer im Anhörungsverfahren gemäß § 10 Abs. 1 Landesplanungsgesetz  
[Vorlage: 0746/2021](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Frau Georgi erläutert die Vorlage. Die [Präsentation](#) ist der Niederschrift beigelegt.

Herr Jaberg kritisiert den hohen Anteil an Flächenversiegelung, der wertvolle landwirtschaftliche Flächen betreffen würde.

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion empfiehlt dem Stadtrat folgenden**

**Beschluss (6 Ja-Stimmen, 3 Enthaltungen (Grüne)):**

**Der Rat der Stadt Speyer stimmt dem vorgelegten Entwurf zur 1. Änderung des Einheitlichen Regionalplans zu.**

**Gegenstand: Industriebhof Speyer**  
**hier: Beschluss über die Durchführung eines städtebaulichen**  
**Wettbewerbes für den Industriebhof und angrenzende Flächen**  
**[Vorlage: 0747/2021](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Bäumele erläutert das Wettbewerbsverfahren. Die [Präsentation](#) ist der Niederschrift beigelegt.

**Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion empfiehlt dem Stadtrat folgenden**

**Beschluss (8 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung (Linke)):**

- **Der Stadtrat stimmt dem kooperativen Wettbewerbsverfahren zu.**
- **Die Verwaltung wird beauftragt die Wettbewerbsauslobung mit den Auslobenden abzustimmen und in der nächsten Sitzung dem Stadtrat vorzulegen.**

## **Gegenstand: Informationen der Verwaltung**

### **7.1 Sachstand Erschließung Baugebiet Russenweiher**

Das Vergabeverfahren für Kanal- und Straßenbau läuft auf der öffentlichen Vergabepattform an und soll Ende Juli abgeschlossen sein. Dann erfolgen die Beauftragung und der Baubeginn. Die gesamten Erschließungsarbeiten werden mindestens 14 Monate andauern, danach kann die Wohnbebauung erfolgen. Im Herbst sollen die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der städtischen Grundstücke festgesetzt werden.

### **7.2 Sachstand Einführung Wiederkehrender Ausbaubeiträge**

Für die Änderung der Satzung über Ausbaubeiträge ist die Einteilung des Stadtgebietes in Abrechnungs- und Verschonungsgebiete vorzunehmen. Gesetzliche Vorgaben, Rechtsprechung und effiziente Umsetzung müssen in Einklang gebracht werden. Im Herbst soll der ASBK informiert und die weiteren Schritte dargelegt werden.

### **7.3 Information über Zustand Schipka-Pass**

Der Fußgängersteg wurde wie geplant in zwei aufeinanderfolgenden Nächten im März 2021 abgebaut und per LKW-Tieflader zum Lagerplatz in der Heinkelstraße verbracht.

Bereits zwei Tage später, am 19.03.2021, fand eine Besichtigung der Brückenteile im Beisein eines Statikers statt.

Im Rahmen dieses Termins wurde schnell deutlich, dass die Schäden weitaus massiver sind, als das vor dem Abbau zu erkennen gewesen war. Das führt dazu, dass viele Bauteile, von einzelnen Knotenblechen, bis hin zu kompletten Querträgern, ausgetauscht werden müssen.

Die geplanten weiteren Arbeiten, wie das Entschichten der Brückenkonstruktion, wurden bis auf Weiteres gestoppt.

Am 26.04.2021 fand dann ein weiterer Besichtigungstermin in großer Runde statt. Anwesend waren neben der Fachabteilung und Frau Oberbürgermeisterin Seiler auch Vertreter der Denkmalpflege, ein Statiker der Denkmalpflege, ein weiterer Statiker im Auftrag der Stadt, ein Prüferingenieur mit Zulassung des Eisenbahnbundesamtes von der Uni Kaiserslautern, die Baufirma mit einem Spezialisten für genietete Stahlkonstruktionen, das Planungsbüro und ein Spezialist für Stahlbau von der Schweißtechnischen Lehr- und Versuchsanstalt Mannheim.

Im Rahmen dieses Termins wurden verschiedene Festlegungen zum weiteren Vorgehen getroffen:

- Die Brücke kann nicht wie geplant instandgesetzt werden.
- Alle statisch relevanten Bauteile müssen durch einen Statiker untersucht werden. Der Statiker soll ein Schadenskataster der gesamten Brücke erstellen.
- Auf Grundlage des Schadenskatasters entwickelt der Statiker Instandsetzungsmöglichkeiten, die durch den Prüferingenieur kontrolliert werden.
- Die Ergebnisse werden mit der Denkmalpflege besprochen und das Einverständnis eingeholt.

- Das Instandsetzungskonzept soll dann mit Kosten belegt werden.
- Danach müssen Instandsetzungskonzept und Kostenschätzung mit dem Fördermittelgeber besprochen werden.
- Über alle Verfahrensschritte wird der ASBK fortlaufend informiert, bevor die Gesamtmaßnahme zur Beratung eingebracht wird.
- Als letzte Instanz, soll die Maßnahme mit den zu erwartenden Kosten dann dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegt werden.

Der vorstehende Ablauf bedarf voraussichtlich langer Zeiträume, sodass damit zu rechnen ist, dass eine Entscheidung zum weiteren Schicksal der Brücke erst im Sommer 2022 erfolgen kann.

Da die erforderlichen Mittel dann erst im darauffolgenden Jahr im Haushalt veranschlagt werden können, wird die Instandsetzung und der Wiederaufbau vermutlich frühestens 2023 erfolgen können.

#### **7.4 Sachstand Polygon-Gelände**

Die Stadt Speyer möchte neben der Fläche der Kurpfalz-Kaserne auch das Polygon-Gelände erwerben. Dafür wird eine Zweckerklärung an die Bundesanstalt für Immobilien abgegeben. Die Wertermittlung der Fläche des Polygon-Geländes steht noch aus.

Der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion nimmt die Informationen zur Kenntnis.



16. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) der Stadt Speyer am 29.06.2021

16. Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Bauen und Konversion  
(gemeinsame Sitzung mit dem Verkehrsausschuss) 29.06.2021 **Irmgard Münch-Weinmann** **Stefanie Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!